

Berliner Schachverband e.V.

Kieffholzstr. 248, 12437 Berlin,
030/ 705 66 06, info@berlinerschachverband.de



Paul Meyer-Dunker
Präsident

Berliner Schachverband e.V., Kieffholzstr. 248, 12437 Berlin

Der Bundeskongress möge folgenden Antrag beschließen:

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die wertfreie und lediglich von Geldinteressen geleitete Agenda des Internationalen Schachverbandes (FIDE) auf eindrückliche Art und Weise offengelegt.

Die FIDE wird vom ehemaligen stellvertretenden Premierminister Russlands, Arkady Dvorkovich, geführt. In seine Amtszeit fiel die Annexion der Krim. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine äußerte er sich am 15. März 2022 wie folgt:

„Ich bin aufrichtig stolz auf den Mut unserer Soldaten, die zu jeder Zeit ihr Vaterland und ihre Freiheit verteidigt haben. Die Hauptsache ist, dass auf unserem Planeten schließlich ein starker Frieden und eine gerechtere Ordnung geschaffen werden, in der weder Nazismus noch die Vorherrschaft einiger Länder über andere Platz haben.“ (<https://chess24.com/en/read/news/dvorkovich-re-elected-fide-president-by-157-16-landslide>)

Der Angriff Russlands ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und wird von allen liberalen Demokratien verurteilt. In der Sportfamilie steht der Deutsche Schachbund in dieser Haltung an der Seite des DOSB und des für Sport zuständigen Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

Die Rechtfertigung und Unterstützung des russischen Angriffs auf die Ukraine ist die logische Folge des Lebenslaufes und der Vergangenheit von Dvorkovich. Für den Präsidenten eines internationalen Schachverbandes ist es allerdings ein schockierendes Statement, ein inakzeptables Verhalten. Ebenso ist Unterstützung des Weltschachverbandes für unsere ukrainischen Schachfreundinnen und Schachfreunde kaum wahrnehmbar. Stattdessen scheint es die größte Sorge der FIDE zu sein, sicherzustellen, dass russische Athletinnen und Athleten auch weiterhin an FIDE-Meisterschaften

teilnehmen können. Für unsere ukrainischen Schachfreundinnen und Schachfreunde ist das der blanke Hohn.

Zudem hat die FIDE weiterhin keinerlei Berührungängste zu Diktatoren und autokratischen Regimen und kein Problem damit, sich von ihren Geldern abhängig zu machen. Dass die FIDE aus ihrer Nähe zu Putin und russischen Geldern nichts gelernt hat, unterstrich sie gerade erst bei einem von ihr selbst groß gepriesenen Besuch des aserbaidischen autokratischen Präsidenten Ilham Aliyev.

Für den Schachsport ist eine solche FIDE eine Katastrophe. Das internationale Schach ist so für viele potenzielle westliche Sponsoren uninteressant, der Ruf des Schachsportes leidet und innerhalb der internationalen Sportfamilie isoliert sich der Weltschachverband.

Das Präsidium hat vor den diesjährigen FIDE-Wahlen in Chennai den Gegenkandidaten Andrey Baryshpolets unterstützt, weil er für einen anderen, wertebasierten Verband stand. Das war ein guter Anfang, dabei kann es aber nicht bleiben. Anstatt alle vier Jahre festzustellen, dass der Weltschachverband sich in die falsche Richtung bewegt (hat), wird es Zeit, die Diskussion anzuführen, wie ein anderer Verband und Alternativen aussehen könnten. Der Deutsche Schachbund ist als einer der größten Schachverbände der Welt und größter Verband aus einer liberalen Demokratie in der Pflicht, diesen Zustand nicht apathisch zu ertragen, sondern stattdessen die Diskussion anzuführen und Alternativen zu organisieren.

Deswegen erhält das Präsidium die folgenden Arbeitsaufträge:

- Der FIDE Frauen-Grand-Prix findet vom 01. – 14. Februar 2023 in München statt. Im Rahmen des FIDE GP organisiert der Deutsche Schachbund öffentliche Veranstaltungen, Foren und/oder Diskussionsveranstaltungen, deren Zweck einerseits die deutliche Solidaritätsbekundung mit unseren ukrainischen Schachfreundinnen und Schachfreunden ist und andererseits die Debatte darüber, wie eine demokratischere, offenere und bessere FIDE aussehen kann.
- Das Präsidium muss gegenüber der FIDE deutlich machen, dass Dvorkovich in München nicht willkommen ist. Für den Fall seines Erscheinens protestiert der Deutsche Schachbund laut und öffentlich.